

HOLGER JACOBS

Das Haager Anerkennungs- und
Vollstreckungsübereinkommen
vom 2. Juli 2019

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht
470*

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

470

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Holger Fleischer, Ralf Michaels und Reinhard Zimmermann



Holger Jacobs

Das Haager Anerkennungs- und
Vollstreckungsübereinkommen
vom 2. Juli 2019

Eine systematische und
rechtsvergleichende Untersuchung

Mohr Siebeck

Holger Jacobs, geboren 1989; Studium der Rechtswissenschaften in Mainz; 2014 Erste juristische Staatsprüfung; Juristischer Vorbereitungsdienst am Landgericht Mainz; 2016 Zweite juristische Staatsprüfung; 2017 Magister rerum publicarum an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer; 2018 Magister Juris an der University of Oxford; seit 2021 Rechtsanwalt in Frankfurt am Main; 2021 Promotion.
Orcid.org/0000-0002-9255-7521

ISBN 978-3-16-160887-2 / eISBN 978-3-16-160888-9
DOI 10.1628/978-3-16-160888-9

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441
(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2021 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Laupp & Göbel in Gomaringen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2020/21 vom Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz als Dissertation angenommen. Die mündliche Prüfung fand am 10. Februar 2021 statt. Das Manuskript habe ich im November 2020 abgeschlossen. Anschließend veröffentlichte Literatur und Rechtsprechung sowie neuere Entwicklungen konnten bis April 2021 berücksichtigt werden.

Mein herzlicher Dank gilt allen, die mich bei meiner Dissertation unterstützt haben. Allen voran möchte ich meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. *Peter Huber*, LL.M. (London) für die engagierte Betreuung danken. Seine Anmerkungen und Hinweise haben entscheidend zum Gelingen der Arbeit beigetragen. Für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens danke ich Herrn Prof. Dr. *Urs Peter Gruber*. Ganz herzlich möchte ich mich auch bei Herrn Prof. Dr. *Andreas Roth* bedanken, an dessen Lehrstuhl ich während des Studiums und Referendariats tätig sein durfte. Die Teilnahme an seinem familienrechtlichen Seminar hat bei mir bereits während der Studienzeit das wissenschaftliche Interesse geweckt.

Ausgangspunkt für die Idee zu dieser Arbeit war eine Referendarstation beim Ständigen Büro der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht. Dort konnte ich durch meine Teilnahme am ersten Treffen der Spezialkommission zum *Judgments Project* unmittelbare Eindrücke von den Verhandlungen zum Haager Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen erhalten. In der Folge durfte ich weiteren Treffen der Spezialkommission sowie der Diplomatischen Konferenz beiwohnen, in dessen Rahmen das Übereinkommen vom 2. Juli 2019 angenommen wurde. Zweifelsohne haben diese Einblicke meine Arbeit entscheidend geprägt und erheblich bereichert. Ich möchte mich daher ganz herzlich beim Team des Ständigen Büros der Haager Konferenz bedanken, insbesondere bei Herrn Dr. iur. utr. *Christophe Bernasconi* (Secretary General), Herrn Dr. *João Ribeiro-Bidaoui* (First Secretary) und Frau Dr. *Ning Zhao* (Senior Legal Officer) sowie bei Frau Prof. Dr. *Marta Pertegás Sender* (ehemals First Secretary). Bedanken möchte ich mich außerdem bei Frau *Marie-Charlotte Darbas* (Information Manager), die mir bei den Recherchen während meines Forschungsaufenthalts am Ständigen Büro zur Seite stand.

Für die Einladung zu einem Forschungsaufenthalt am Max-Planck-Institut Luxemburg für internationales, europäisches und regulatorisches Verfahrensrecht möchte ich mich herzlich bei Herrn Prof. Dr. Dres. h.c. *Burkhard Hess* (Direktor des Instituts) bedanken. Für die Unterstützung vor Ort und den wertvollen fachlichen Austausch danke ich Frau Dr. *Cristina M. Mariottini*, LL.M. (Pittsburgh) (Senior Research Fellow).

Ich darf mich sehr glücklich schätzen, dass die Studienstiftung des deutschen Volkes mich während meiner Promotionszeit sowohl finanziell als auch ideell gefördert und meine Forschungsaufenthalte beim Ständigen Büro der Haager Konferenz und am Max-Planck-Institut in Luxemburg unterstützt hat. Dankbar bin ich auch der Gutenberg Akademie der Universität Mainz für den interdisziplinären Austausch und die Übernahme von Kosten für Konferenzteilnahmen und Literaturanschaffungen sowie einen großzügigen Druckkostenzuschuss.

Im Rahmen des Mentoring-Programms der Gutenberg Akademie durfte ich mich über die Unterstützung von Herrn Prof. Dr. *Ralf Michaels*, LL.M. (Cambridge) freuen, dem ich herzlichst für wertvolle Ratschläge zur Dissertation, die Einladung an das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht sowie die Aufnahme in die „IPR-Runde“ des Instituts danken möchte. Bei ihm sowie den anderen Direktoren des Instituts, Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. *Holger Fleischer*, LL.M. (Univ. of Michigan) und Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. mult. *Reinhard Zimmermann* bedanke ich mich für die Aufnahme meiner Arbeit in diese Schriftenreihe.

Meiner Partnerin *Carina Czarnetzki* danke ich herzlichst für die persönliche Unterstützung und das Korrekturlesen des Manuskripts. Ganz besonders möchte ich auch meiner Familie, insbesondere meinen Eltern *Gisela* und *Wolfgang Jacobs* für ihre Unterstützung danken.

Mainz, im Mai 2021

Holger Jacobs

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung.....	1
A. Einführung.....	1
B. Gang der Darstellung	6
C. Umgang mit Sprachfassungen und fremdsprachiger Terminologie.....	8
D. Das HAVÜ im Überblick.....	8
Kapitel 1: Historischer Kurzüberblick.....	11
A. Modellübereinkommen von 1925/28.....	12
B. Vollstreckungsübereinkommen von 1971	15
C. Vorschlag der USA 1992	20
D. Konventionsentwurf 1999.....	24
E. Interim Text 2001	27
F. Haager Gerichtsstandsübereinkommen 2005	30
G. Fortsetzung des <i>Judgments Project</i> 2011	32
H. Diplomatische Konferenz 2019.....	35
I. Zwischenbilanz	38

Kapitel 2: Auslegung	41
A. Anwendbare Auslegungsregeln.....	42
B. Auslegungsmethoden.....	52
C. Grundsatz der autonomen Auslegung.....	84
Kapitel 3: Wesentliche Charakteristika.....	87
A. Rechtsnatur.....	87
B. Convention simple	91
C. Grundlegende Systematik	98
D. Günstigkeitsprinzip.....	99
E. Treaty relationship mechanism.....	102
F. Das HAVÜ als Bündel bilateraler Beziehungen	113
G. (K)ein „à-la-carte Übereinkommen“?	115
Kapitel 4: Anwendungsbereich	118
A. Sachlicher Anwendungsbereich	121
B. Gegenständlicher Anwendungsbereich.....	137
C. Territorialer Anwendungsbereich.....	161
D. Persönlicher Anwendungsbereich	167
E. Zeitlicher Anwendungsbereich.....	171
F. Verhältnis zu anderen Instrumenten	173
G. Verhältnis zum nationalen Recht	178
Kapitel 5: Voraussetzungen der Anerkennung und Vollstreckung.....	195
A. Wirksamkeit bzw. Vollstreckbarkeit im Ursprungsstaat.....	195
B. Indirekte Zuständigkeit des Ursprungsgerichts.....	200

Kapitel 6: Versagungsgründe.....	268
A. Fakultativer Charakter	269
B. Rügeerfordernis?.....	273
C. Restriktive Auslegung.....	274
D. Die Versagungsgründe im Einzelnen	275
E. Verbot der <i>révision au fond</i>	319
Kapitel 7: Anerkennungsbegriff.....	325
A. Denkbare Lösungsansätze.....	325
B. Keine Anwendung von Art. 13 Abs. 1 S. 1 HAVÜ	326
C. Keine Gleichstellung.....	327
D. Keine umfassende Wirkungserstreckung	328
E. Der Ansatz des HAVÜ.....	329
Kapitel 8: Verweise und Bezugnahmen auf nationales Recht ..	332
A. Verweise auf nationales Recht	333
B. Subsumtion unter normative Tatbestandsmerkmale	342
C. Ermittlung ausländischen Rechts	343
D. Fazit	344
Kapitel 9: Rechtsvergleichende Perspektive.....	346
A. Einleitung	346
B. Gegenstand der Anerkennung oder Vollstreckung	349
C. Indirekte Zuständigkeit	357
D. Verbürgung der Gegenseitigkeit	376
E. Abwehr inakzeptabler Entscheidungen.....	379
F. Fazit	387

Zusammenfassung und Schluss	389
Literaturverzeichnis	397
Materialienverzeichnis	421
Sachverzeichnis	429

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung.....	1
<i>A. Einführung</i>	<i>1</i>
<i>B. Gang der Darstellung</i>	<i>6</i>
<i>C. Umgang mit Sprachfassungen und fremdsprachiger Terminologie</i>	<i>8</i>
<i>D. Das HAVÜ im Überblick</i>	<i>8</i>
Kapitel 1: Historischer Kurzüberblick.....	11
<i>A. Modellübereinkommen von 1925/28.....</i>	<i>12</i>
<i>B. Vollstreckungsübereinkommen von 1971.....</i>	<i>15</i>
<i>C. Vorschlag der USA 1992.....</i>	<i>20</i>
<i>I. Hintergrund und Vision</i>	<i>20</i>
<i>II. Reaktion und vorbereitende Arbeiten.....</i>	<i>23</i>
<i>D. Konventionsentwurf 1999</i>	<i>24</i>
<i>E. Interim Text 2001</i>	<i>27</i>
<i>F. Haager Gerichtsstandsübereinkommen 2005</i>	<i>30</i>
<i>G. Fortsetzung des Judgments Project 2011</i>	<i>32</i>

<i>H. Diplomatische Konferenz 2019</i>	35
<i>I. Zwischenbilanz</i>	38
Kapitel 2: Auslegung	41
<i>A. Anwendbare Auslegungsregeln</i>	42
I. Meinungsstand.....	43
1. Anwendbarkeit völkerrechtlicher Auslegungsregeln.....	43
2. Nichtanwendbarkeit völkerrechtlicher Auslegungsregelungen.....	46
3. Anpassung völkerrechtlicher Auslegungsregelungen.....	47
II. Stellungnahme	47
1. Ausgangspunkt: Anwendbarkeit der Art. 31–33 WVK	47
2. Grundsätzlich kein „fehlender Zuschnitt“ auf das HAVÜ.....	48
3. Besondere Zwecke und Interpretationsklausel	50
4. Entstehungsgeschichte.....	51
5. Fazit	51
<i>B. Auslegungsmethoden</i>	52
I. Wortlaut.....	53
II. Systematischer Zusammenhang	54
1. Allgemeines	54
2. Einordnung des <i>Explanatory Reports</i>	56
a) Art. 20 HAVÜ als rechtliche Grundlage der Berücksichtigung?.....	58
b) Übereinkunft im Sinne von Art. 31 Abs. 2 lit. a oder Abs. 3 lit. a WVK	58
aa) Voraussetzungen	59
bb) Entstehung und Finalisierung des <i>Explanatory Reports</i>	60
cc) Differenzierte Betrachtung	62
c) Ergänzendes Auslegungsmittel gemäß Art. 32 WVK	64
d) Fazit.....	66
3. Konventionsübergreifende Auslegung.....	67
a) Allgemeines	67
b) HGÜ	69
c) Sonstige Übereinkommen der Haager Konferenz	72
d) Brüssel Ia-VO, UNÜ und sonstige Instrumente.....	73
e) Fazit.....	74
III. Ziel und Zweck	75
IV. Ergänzende Auslegungsmittel.....	76
V. Relevanz der Rechtsvergleichung	78

VI. Rechtsfortbildung zur Lückenfüllung?	82
VII. Souveränitätsfreundliche, restriktive Auslegung?	83
<i>C. Grundsatz der autonomen Auslegung</i>	84
Kapitel 3: Wesentliche Charakteristika	87
<i>A. Rechtsnatur</i>	87
<i>B. Convention simple</i>	91
I. Keine Regelungen über die Entscheidungszuständigkeit	91
II. Das „jurisdictional gap-Problem“	93
III. Mittelbare Effekte der indirekten Zuständigkeitsgründe des HAVÜ ...	96
<i>C. Grundlegende Systematik</i>	98
I. Übereinkommen verpflichtet zur Anerkennung	98
II. Übereinkommen verpflichtet nicht zur Anerkennung, verbietet diese aber auch nicht	99
III. Übereinkommen verbietet die Anerkennung	99
<i>D. Günstigkeitsprinzip</i>	99
<i>E. Treaty relationship mechanism</i>	102
I. Allgemeines	102
II. Praxis in früheren Übereinkommen der Haager Konferenz	103
1. System der Bilateralisierung	103
2. Zustimmungslösung	104
3. Einspruchslösung	105
4. Veto-Lösung	106
5. „Völlig offene“ Übereinkommen	107
III. Die Lösung in Art. 29 HAVÜ	108
1. Keine Privilegierung bestimmter Staaten	109
2. Zeitpunkt	110
3. Widerruf	112
4. Keine materiellen Voraussetzungen	113
<i>F. Das HAVÜ als Bündel bilateraler Beziehungen</i>	113
<i>G. (K)ein „à-la-carte Übereinkommen“?</i>	115

Kapitel 4: Anwendungsbereich	118
A. Sachlicher Anwendungsbereich.....	121
I. Zivil- oder Handelssachen	121
II. Ausgeschlossene Sachmaterien.....	123
1. Katalog des Art. 2 Abs. 1 HAVÜ	123
2. Erklärungsmechanismus des Art. 18 HAVÜ.....	129
III. Vorfragen	130
IV. Teilbarkeit	131
V. Schiedsgerichtsbarkeit	132
1. Funktion und Reichweite von Art. 2 Abs. 3 HAVÜ.....	132
2. Unanwendbarkeit von Art. 2 Abs. 2 und Art. 8 Abs. 2 HAVÜ.....	134
VI. Ausschließliche Gerichtsstandsvereinbarungen.....	136
B. Gegenständlicher Anwendungsbereich.....	137
I. Unerheblichkeit von Bezeichnung und Gericht	137
II. Entscheidungen in der Sache	139
III. Kein Doppelexequatur	141
IV. Nicht-Geldleistungsurteile	142
1. Grundsatz	142
2. Erklärungsmechanismus.....	143
V. <i>Penalty Orders</i>	144
VI. Kostenfestsetzungen und Kostenentscheidungen.....	147
VII. Einstweilige Sicherungsmaßnahmen	149
VIII. <i>Anti-suit injunctions</i>	150
1. <i>Anti-suit injunctions</i> als einstweilige Sicherungsmaßnahmen?.....	151
2. Begriff der Sachentscheidung	152
3. Konzeption des HAVÜ.....	152
4. Entstehungsgeschichte.....	153
5. Fazit	154
IX. Gerichtliche Vergleiche	154
1. Grundsatz	154
2. Abgrenzung zur Entscheidung	157
3. Beispiele.....	159
X. Vollstreckbare öffentliche Urkunden	160
C. Territorialer Anwendungsbereich	161
I. Grundsatz	161
II. <i>Common Courts</i>	162
III. <i>International Commercial Courts</i>	163
IV. Entscheidungen aus Drittstaaten	164

V.	Internationale Fälle	165
VI.	Nicht einheitliche Rechtssysteme.....	166
<i>D. Persönlicher Anwendungsbereich.....</i>		167
I.	Grundsatz: keine Einschränkung.....	167
II.	Sonderfall: Staaten als Beteiligte – Erklärungsmechanismus des Art. 19 HAVÜ	168
	1. Funktionsweise im Überblick	168
	2. Einordnung als Regelung des Anwendungsbereichs?.....	170
<i>E. Zeitlicher Anwendungsbereich</i>		171
I.	Verfahrensleitung im Ursprungsstaat	171
II.	Wirksamkeit im Verhältnis von Ursprungsstaat und ersuchtem Staat.....	172
<i>F. Verhältnis zu anderen Instrumenten</i>		173
I.	Kollisionsfälle.....	173
II.	Bestimmung des Verhältnisses.....	176
<i>G. Verhältnis zum nationalen Recht</i>		178
I.	Drittstaatliche Entscheidungen.....	178
II.	Günstigkeitsprinzip.....	179
III.	Anerkennungs-, Exequatur- und Zwangsvollstreckungsverfahren	179
	1. Grundsatz	179
	2. Verfahrensvorschriften des HAVÜ.....	181
	3. Darlegungs- und Beweislast	183
	4. Grundsatz von Treu und Glauben	184
	5. Urteilsverjährung.....	185
	6. Internationale Zuständigkeit der Gerichte des ersuchten Staats (Art. 13 Abs. 2 HAVÜ)	186
	a) Nationale Zuständigkeitsregelungen.....	187
	b) Wortlaut des Art. 13 Abs. 2 HAVÜ.....	188
	c) Entstehungsgeschichte	190
	d) <i>Explanatory Report</i>	191
	e) Ziel und Zweck des HAVÜ	192
	f) Systematische Argumente	192
	g) Fazit.....	194
IV.	Sonstige Fragen	194

Kapitel 5: Voraussetzungen der Anerkennung und Vollstreckung	195
A. Wirksamkeit bzw. Vollstreckbarkeit im Ursprungsstaat	195
I. Grundsatz	195
II. Formelle Rechtskraft wird nicht vorausgesetzt	197
III. Gerichtliche Vergleiche	199
B. Indirekte Zuständigkeit des Ursprungsgerichts	200
I. Allgemeines	200
II. Keine Anwendung der <i>forum non conveniens</i> -Doktrin	202
III. Rechtsmissbräuchliche Erschleichung der indirekten Zuständigkeit	203
IV. Abschließender Charakter des Katalogs	204
V. Die einzelnen Zuständigkeitsgründe	206
1. Gewöhnlicher Aufenthalt / Ort einer Niederlassung	206
a) Art. 5 Abs. 1 lit. a HAVÜ – Gewöhnlicher Aufenthalt	206
aa) Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt	206
bb) Bestimmung des maßgeblichen Zeitpunkts	208
cc) Aufenthaltsbegründung im Laufe des Ursprungsverfahrens?	209
b) Art. 5 Abs. 1 lit. b HAVÜ – Hauptniederlassung natürlicher Personen	210
c) Art. 5 Abs. 1 lit. d HAVÜ – Zweigniederlassung, Agentur oder sonstige Niederlassung	212
2. Auf „Zustimmung“ basierende Zuständigkeitsgründe	213
a) Art. 5 Abs. 1 lit. e HAVÜ – Ausdrückliche Zustimmung	214
b) Art. 5 Abs. 1 lit. f HAVÜ – Rügelelose Einlassung	215
c) Art. 5 Abs. 1 lit. c HAVÜ – Kläger des Ursprungsverfahrens	217
d) Art. 5 Abs. 1 lit. l HAVÜ – Widerklage	218
e) Art. 5 Abs. 1 lit. m HAVÜ – Nichtausschließliche Gerichtsstandsvereinbarung	220
aa) Formelle und materielle Wirksamkeit	220
bb) Beschränkung auf nichtausschließliche Gerichtsstandsvereinbarungen	222
3. (Sonstige) Besondere Zuständigkeitsgründe	224
a) Art. 5 Abs. 1 lit. g HAVÜ – Vertragliche Schuldverhältnisse	225
aa) Anknüpfung an Erfüllungsort	225
bb) Zweckgerichtete und wesentliche Verbindung	227

c)	Erfüllungsort bei geografisch unbegrenzten Unterlassungspflichten	229
b)	Art. 5 Abs. 1 lit. h HAVÜ – Miete oder Pacht von unbeweglichen Sachen	230
c)	Art. 5 Abs. 1 lit. i HAVÜ – Dinglich gesicherte vertragliche Ansprüche	231
d)	Art. 5 Abs. 1 lit. j HAVÜ – Außervertragliche Schuldverhältnisse	232
e)	Art. 5 Abs. 1 lit. k HAVÜ – <i>Trusts</i>	235
f)	Art. 5 Abs. 3 S. 2 HAVÜ – Wohnraummiete und Registrierung unbeweglichen Eigentums	237
g)	Art. 6 HAVÜ – Dingliche Rechte an unbeweglichen Sachen .	238
aa)	Grundsatz	238
bb)	Dingliche Rechte	238
cc)	Unbewegliche Sachen	239
VI.	Schutz von Verbrauchern und Arbeitnehmern	243
1.	Keine besonderen Zuständigkeitsgründe	243
2.	Anwendungsbereich des Art. 5 Abs. 2 HAVÜ	244
a)	Überblick	244
b)	Verträge zwischen Verbrauchern?	244
3.	Schutzmechanismus	246
4.	Verbleibende Zuständigkeitsgründe für eine Anerkennung und Vollstreckung gegen Verbraucher oder Arbeitnehmer	247
5.	Abschließende Bewertung des Schutzniveaus	248
VII.	Verhältnis der indirekten Zuständigkeitsgründe zueinander	249
1.	Nichtausschließliche Zuständigkeitsgründe	249
2.	Die „relativ“ ausschließlichen Zuständigkeitsgründe des Art. 5 Abs. 3 S. 2 HAVÜ	250
3.	Der „absolut“ ausschließliche Zuständigkeitsgrund des Art. 6 HAVÜ	252
a)	Grundsatz	252
b)	Grundstücksbelegenheit in einem Nichtvertragsstaat	252
c)	Grundstücksbelegenheit im ersuchten Staat	255
d)	Das Verhältnis von Art. 6 und Art. 29 HAVÜ	256
aa)	Notifikation im Verhältnis zwischen Urteilsstaat und ersuchtem Staat	256
bb)	Notifikation im Verhältnis zwischen Belegenheitsstaat und ersuchtem Staat	258
cc)	Notifikation im Verhältnis zwischen Urteilsstaat und Belegenheitsstaat	258
e)	Zusammenfassung	259
VIII.	Bedeutung einer Rechtsnachfolge im Rahmen der indirekten Zuständigkeitsgründe	260

IX.	Gerichtliche Vergleiche	261
1.	Ausgangspunkt	261
2.	Wortlaut der authentischen Sprachfassungen	263
3.	Sinn und Zweck	264
4.	Parallelvorschrift: Art. 12 HGÜ	265
5.	Entstehungsgeschichte	265
6.	Fazit	266
Kapitel 6: Versagungsgründe		268
A.	<i>Fakultativer Charakter</i>	269
I.	Grundsatz	269
II.	Unterschiedliche Maßstäbe für verschiedene Vertragsstaaten?	272
B.	<i>Rügeerfordernis?</i>	273
C.	<i>Restriktive Auslegung</i>	274
D.	<i>Die Versagungsgründe im Einzelnen</i>	275
I.	Art. 7 Abs. 1 lit. a HAVÜ – Übermittlung des verfahrenseinleitenden Schriftstücks	275
1.	Schutz des Beklagten vor unangemessener Verfahrenseinleitung	275
2.	Souveränitätsinteressen des ersuchten Staats	277
II.	Art. 7 Abs. 1 lit. b HAVÜ – Betrug	279
III.	Art. 7 Abs. 1 lit. c HAVÜ – <i>Ordre public</i> -Vorbehalt	280
1.	Grundsatz	280
2.	Kein Erfordernis einer Inlandsbeziehung	283
3.	Präklusion als Frage des nationalen Rechts	284
IV.	Art. 7 Abs. 1 lit. d HAVÜ – Verfahren im Widerspruch zu Gerichtsstandsvereinbarung oder -bestimmung	284
1.	Grundsatz	284
2.	Verhältnis zu den auf Zustimmung beruhenden indirekten Zuständigkeitsgründen	288
3.	Kein genereller Schutz ausschließlicher Zuständigkeiten des ersuchten Staates	289
V.	Art. 7 Abs. 1 lit. e HAVÜ – Unvereinbarkeit mit Entscheidung aus ersuchtem Staat	290
1.	Grundsatz	290
2.	Unvereinbarkeit	290

3.	Ausnahme vom unbedingten Vorrang der inländischen Entscheidung?	292
4.	Gegenüber Art. 9 lit. f HGÜ angepasster Wortlaut	295
VI.	Art. 7 Abs. 1 lit. f HAVÜ – Unvereinbarkeit mit früherer, anerkennungsfähiger Entscheidung	296
1.	Grundsatz	296
2.	Identität des Gegenstands	297
3.	Prioritätsprinzip bei formeller Rechtskraft als Anerkennungsvoraussetzung	298
VII.	Art. 7 Abs. 2 HAVÜ – Frühere Anhängigkeit im ersuchten Staat	301
1.	Früheres inländisches Verfahren.....	301
2.	Enge Verbindung.....	302
VIII.	Art. 8 Abs. 2 HAVÜ – Vorfragen	304
1.	Erfasste Fälle.....	304
2.	Beruhend.....	306
3.	Abweichende Beurteilung des ersuchten Gerichts	307
IX.	Art. 10 HAVÜ – Nichtkompensatorischer Schadensersatz.....	310
X.	Art. 4 Abs. 4 HAVÜ – Rechtsbehelf im Ursprungsstaat.....	312
XI.	Versagung in sonstigen Fällen	315
1.	Art. 19 Abs. 2 HAVÜ – Staaten als Beteiligte	315
2.	Art. 17 HAVÜ – Inlandssachverhalte	315
3.	Art. 2 Abs. 3 HAVÜ – Schiedsgerichtsbarkeit.....	316
4.	Art. 2 Abs. 5 HAVÜ – Immunität.....	318
<i>E. Verbot der révision au fond.....</i>		319
I.	Grundsatz: Art. 4 Abs. 2 S. 1 HAVÜ	319
II.	„Einschränkung“ in Art. 4 Abs. 2 S. 2 HAVÜ	320
1.	„Untersuchung“ der Entscheidung.....	321
2.	Abweichende Beurteilung von Rechtsfragen	321
3.	Keine Bindung an Tatsachenfeststellungen.....	322
4.	<i>Ordre public</i> -Kontrolle.....	324
 Kapitel 7: Anerkennungsbegriff.....		325
<i>A. Denkbare Lösungsansätze</i>		325
<i>B. Keine Anwendung von Art. 13 Abs. 1 S. 1 HAVÜ</i>		326
<i>C. Keine Gleichstellung.....</i>		327
<i>D. Keine umfassende Wirkungserstreckung</i>		328

<i>E. Der Ansatz des HAVÜ</i>	329
-------------------------------------	-----

Kapitel 8: Verweise und Bezugnahmen auf nationales Recht .. 332

<i>A. Verweise auf nationales Recht</i>	333
I. Recht des Ursprungsstaats	333
1. Status und Wirkungen der Entscheidung	333
2. Prozessuale Ereignisse im Ursprungsverfahren	334
3. Bewertung von Parteiverhalten	335
4. Sonstige Verweise	337
II. Recht des ersuchten Staates	337
1. Vorbehaltsklauseln und Kontrollmechanismen	337
2. Wirksamkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen oder -bestimmungen	338
3. Materiell-rechtliche Fragen	339
4. Abgrenzung von Regelungsbereichen	340
III. Recht sonstiger Staaten	340
IV. Grundsatz der Gesamtverweisung	341
 <i>B. Subsumtion unter normative Tatbestandsmerkmale</i>	 342
<i>C. Ermittlung ausländischen Rechts</i>	343
<i>D. Fazit</i>	344

Kapitel 9: Rechtsvergleichende Perspektive

<i>A. Einleitung</i>	346
<i>B. Gegenstand der Anerkennung oder Vollstreckung</i>	349
I. Zivil- oder Handelssachen	349
II. Entscheidungen in der Sache	350
III. Finalität der Entscheidung	352
IV. Nicht-Geldleistungsurteile	354
V. Gerichtliche Vergleiche	356
 <i>C. Indirekte Zuständigkeit</i>	 357
I. Deutsches Recht	357
1. Wohnsitz, Sitz und Niederlassungen	358

2. Kläger, Widerklage, ausdrückliche Unterwerfung, rügelose Einlassung, Gerichtsstandsvereinbarung.....	361
3. Weitere Gerichtsstände.....	364
4. Zwischenfazit.....	366
II. Englischs Recht.....	367
1. Unterwerfung.....	368
a) Kläger/Widerkläger des Ursprungsverfahrens.....	368
b) <i>Voluntary appearance</i>	369
c) Gerichtsstandsvereinbarung.....	370
2. Anwesenheit.....	371
a) Natürliche Personen.....	371
b) Juristische Personen.....	373
3. Keine weiteren Anerkennungszuständigkeiten.....	374
III. Fazit.....	375
<i>D. Verbürgung der Gegenseitigkeit.....</i>	<i>376</i>
<i>E. Abwehr inakzeptabler Entscheidungen.....</i>	<i>379</i>
I. Verfahrenseinleitung.....	380
II. <i>Ordre public</i> , Betrug und nichtkompensatorischer Schadensersatz ...	381
III. Urteilkollisionen und anhängiges Verfahren im ersuchten Staat.....	383
IV. Sonstige Schutzmechanismen des HAVÜ.....	385
<i>F. Fazit.....</i>	<i>387</i>
Zusammenfassung und Schluss.....	389
Literaturverzeichnis.....	397
Materialienverzeichnis.....	421
Sachverzeichnis.....	429

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AC	Appeal Cases
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. 2016 C 202/47)
AG	Die Aktiengesellschaft
AJA 1920	Administration of Justice Act 1920
Alb. L. Rev.	Albany Law Review
Alt.	Alternative
Amer. J. Comp. L.	The American Journal of Comparative Law
Amer. J. Int'l. L.	American Journal of International Law
Anm.	Anmerkung
Anm. d. Verf.	Anmerkung des Verfassers
Art.	Artikel
ASLR	Aberdeen Student Law Review
AUDJ	Acta Universitatis Danubius. Juridica
Aufl.	Auflage
Austl. Int'l L.J.	Australian International Law Journal
Austrian Rev. Int'l & Eur. L.	Austrian Review of International & European Law
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck'sche Rechtsprechungssammlung
Begr.	Begründer
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts (amtliche Sammlung)
BGer	Bundesgericht (Schweiz)
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
Brook. J. Int'l L.	Brooklyn Journal of International Law

Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Neufassung) (ABl. 2012 L 351/1), zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndVO (EU) 2015/281 vom 26.11.2014 (ABl. 2015 L 54/1)
Brüssel IIa-VO	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 (ABl. 2003 L 338/1), zuletzt geändert durch Art. 104 Abs. 1 Brüssel IIa-VO 2022 vom 25.6.2019 (ABl. L 178/1)
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. 2001 L 12/1), zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndVO (EU) 2015/263 vom 16.1.2015 (ABl. 2015 L 45/2)
BT-Drs. BVerfG	Drucksache des Deutschen Bundestages Bundesverfassungsgericht
C.J.Q.	Civil Justice Quarterly
China-EU L.J.	China-EU Law Journal
Chinese JIL	Chinese Journal of International Law
CISG	Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 11. April 1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf (BGBl. 1989 II S. 586, 588; 1990 II S. 1699)
CJJA 1982	Civil Jurisdiction and Judgments Act 1982
CLR	Commonwealth Law Reports
CMR	Übereinkommen vom 19. Mai 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (BGBl. 1961 II S. 1119), zuletzt geändert durch Protokoll zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im int. Straßenverkehr (CMR) vom 5.7.1978 (BGBl. 1980 II S. 733)
Cornell Int'l L.J.	Cornell International Law Journal
CPR	Civil Procedure Rules 1998 (SI 1998/3132)
D.L.R.	Dominion Law Reports
Dalhousie L.J.	Dalhousie Law Journal
DePaul L. Rev.	DePaul Law Review
Duke J. Comp. & Int'l L.	Duke Journal of Comparative & International Law
ECLI	European Case Law Identifier
ECLIC	EU and Comparative Law Issues and Challenges Series
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche

Einl.	Einleitung
EJIL	European Journal of International Law
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 2010 II S. 1198), zuletzt geändert durch 15. EMRK-Protokoll vom 24.6.2013 (BGBl. 2014 II S. 1034)
ErwSÜ	Haager Übereinkommen vom 13. Januar 2000 über den internationalen Schutz von Erwachsenen (BGBl. 2007 II S. 323)
EuErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses (ABl. 2012 L 201/107)
EuG	Gericht der Europäischen Union (als Teil des Gerichtshofs der Europäischen Union)
EuGFVO	Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen (ABl. 2007 L 199/1), zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndVO (EU) 2017/1259 vom 19.6.2017 (ABl. 2017 L 182/1)
EuGH	Gerichtshof (als Teil des Gerichtshofs der Europäischen Union)
EuGüVO	Verordnung (EU) 2016/1103 des Rates vom 24. Juni 2016 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands (ABl. 2016 L 183/1)
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968 (BGBl. 1972 II S. 774)
EuMahnVO	Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens (ABl. 2006 L 399/1), zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndVO (EU) 2017/1260 vom 19.6.2017 (ABl. 2017 L 182/20)
EuPartVO	Verordnung (EU) 2016/1104 des Rates vom 24. Juni 2016 zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften (ABl. 2016 L 183/30)
EuR	Zeitschrift Europarecht
Eur. J. Law Reform	European Journal of Law Reform

EuUnthVO	Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen (ABl. 2009 L 7/1), zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndVO (EU) 2018/1937 vom 10.12.2018 (ABl. 2018 L 314/36)
EUV	Vertrag über die Europäische Union (ABl. 2016 C 202/13)
EuVTVO	Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen (ABl. 2004 L 143/15), zuletzt geändert durch Anh. Nr. 4 ÄndVO (EG) 1103/2008 vom 22.10.2008 (ABl. 2008 L 304/80)
EuZW EVÜ	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht Übereinkommen vom 19. Juni 1980 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (BGBl. 1986 II S. 809)
EWHC EWiR	England & Wales High Court Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f./ff.	folgende
F.3d	Federal Reporter, Third Series
FactÜ	UNIDROIT-Übereinkommen vom 28. Mai 1988 über das internationale Factoring (BGBl. 1998 II S. 173)
FJA 1933	Foreign Judgments (Reciprocal Enforcement) Act 1933
FLC	Family Law Cases
FLR	Family Law Reports
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
Geo. L.J.	The Georgetown Law Journal
GG	Grundgesetz
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GS	Gedenkschrift
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
Haager Konferenz HAadoptÜ	Haager Konferenz für Internationales Privatrecht Haager Übereinkommen vom 29. Mai 1993 über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption (BGBl. 2001 II S. 1034)
HApostilleÜ	Haager Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation (BGBl. 1965 II S. 875)
HAVÜ	Haager Übereinkommen vom 2. Juli 2019 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- oder Handelssachen

HBewÜ	Haager Übereinkommen vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1472)
HGÜ	Haager Übereinkommen vom 30. Juni 2005 über Gerichtsstandsvereinbarungen (ABl. 2009 L 133/3)
HGÜIK	Haager Übereinkommen vom 15. April 1958 über die Zuständigkeit des vertraglich vereinbarten Gerichts bei internationalen Kaufverträgen
HGÜWG	Haager Übereinkommen vom 25. November 1965 über Gerichtsstandsvereinbarungen
HKÜ	Haager Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (BGBl. 1990 II S. 206)
HKUnthÜ	Haager Übereinkommen vom 24. Oktober 1956 über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht (BGBl. 1961 II S. 1012)
HRpflÜ	Haager Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über den internationalen Zugang zur Rechtspflege
Hrsg. hrsg. v. HStVÜ	Herausgeber/-in herausgegeben von Haager Übereinkommen vom 4. Mai 1971 über das auf Straßenverkehrsunfälle anzuwendende Recht
HUnthGÜ	Haager Übereinkommen vom 23. November 2007 über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen (ABl. 2011 L 192/51)
HUnthP	Haager Protokoll vom 23. November 2007 über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht (ABl. 2009 L 331/19)
HUnthÜ	Haager Übereinkommen vom 2. Oktober 1973 über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen (BGBl. 1986 II S. 826)
HVÜ	Convention of 1 February 1971 on the Recognition and Enforcement of Foreign Judgments in Civil and Commercial Matters
HVÜ-Zusatzprotokoll	Supplementary Protocol of 1 February 1971 to the Hague Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Judgments in Civil and Commercial Matters (Concluded 1 February 1971)
HWpÜ	Haager Übereinkommen vom 5. Juli 2006 über die auf bestimmte Rechte an Intermediär-verwahrten Wertpapieren anzuwendende Rechtsordnung
HZPÜ	Haager Übereinkommen vom 1. März 1954 über den Zivilprozess (BGBl. 1958 II S. 576)
HZÜ	Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452)

I.C.L.Q.	International and Comparative Law Quarterly
i.Erg.	im Ergebnis
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
ICCA	International Council for Commercial Arbitration
IGH	Internationaler Gerichtshof
IIC	International Review of Intellectual Property and Competition Law
InfoDoc	Information Document
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (Schweiz)
IStR	Zeitschrift für europäische und internationale Steuer- und Wirtschaftsberatung
IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
J. Marshall L. Rev.	The John Marshall Law Review
J.L. & Com.	Journal Of Law And Commerce
JIDS	Journal of International Dispute Settlement
JPIL	Journal of Private International Law
jurisPK	juris PraxisKommentar
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
KSÜ	Haager Übereinkommen vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern (BGBl. 2009 II S. 602, 603)
L.Q.R.	Law Quarterly Review
Law & Contemp. Probs.	Law and Contemporary Problems
LG	Landgericht
lit.	littera
LMCLQ	Lloyd's Maritime and Commercial Law Quarterly
Loy. L.A. Int'l & Comp. L. Rev	Loyola of Los Angeles International and Comparative Law Review
LugÜ 1988	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 16. September 1988 (ABl. 1988 L 319/9)
LugÜ 2007	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 30. Oktober 2007 (ABl. 2009 L 147/5), zuletzt geändert durch ÄndÜbk. vom 3.3.2017 (ABl. 2017 L 57/63)

M. & W.	Meeson & Welsby's Exchequer Reports
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
Melb. J. Int'l L.	Melbourne Journal of International Law
Mich. J. Int'l L.	Michigan Journal of International Law
Mor.	Morison's Dictionary of Decisions
MSA	Haager Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 über die Zuständigkeit der Behörden und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes von Minderjährigen (BGBl. 1971 II S. 217)
n.F.	neue Fassung
N.Y. App. Div.	Appellate Division of the Supreme Court of New York
N.Y.U. J. Int'l L. & Pol.	New York University Journal of International Law and Politics
N.Y.U. L. Rev.	New York University Law Review
Neth. Int'l L. Rev.	Netherlands International Law Review
NIPR	Nederlands Internationaal Privaatrecht
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenzeitschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nordic J. Int'l L.	Nordic Journal of International Law
Northwest. J. Int'l L. & Bus.	Northwestern Journal of International Law and Business
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZFLR	New Zealand Family Law Reports
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZLR	New Zealand Law Reports
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OLG	Oberlandesgericht
ONSC	Superior Court of Justice – Ontario
Osgoode Hall L.J.	Osgoode Hall Law Journal
PPIL	Public and Private International Law Bulletin
PrelDoc	Preliminary Document
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rat der Haager Konferenz	Rat für Allgemeine Angelegenheiten und die Politik der Haager Konferenz
Rev. crit. DIP	Revue Critique de Droit International Privé
Rev. secr. Trib. perm. revis	Revista da Secretaria do Tribunal Permanente de Revisão
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer

Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom II“) (ABl. L 199/40, ber. 2012 L 310/52)
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I) (ABl. L 177 S. 6, ber. 2009 L 309/87)
S.	Seite
S.C.R.	Supreme Court Reports (Canada)
S.D.N.Y.	United States District Court for the Southern District of New York
SCC	Supreme Court of Canada
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SchwJbIntR	Schweizer Jahrbuch für internationales Recht
Sec.	Section
SGCA	Singapore Court of Appeal
SGHCR	Singapore High Court Registrar
SI	Statutory Instruments
Singapur-Konvention	UN-Übereinkommen über durch Mediation erzielte internationale Vergleichsvereinbarungen
Slg.	Sammlung
SRIEL	Swiss Review of International and European Law
Tex. Int'l L.J.	Texas International Law Journal
U.C. Davis L. Rev.	University of California Davis Law Review
UAbs.	Unterabsatz
UKHL	United Kingdom House of Lords
Unif. L. Rev.	Uniform Law Review
UNÜ	Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10. Juni 1958 (BGBl. 1961 II S. 123)
v	versus
Var.	Variante
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht
vgl.	vergleiche
Vol.	Volume
Vorbem.	Vorbemerkung
WLR	The Weekly Law Reports
WorkDoc	Working Document
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969
YbPIL	Yearbook of Private International Law

z.B.	zum Beispiel
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZessÜ	UN-Übereinkommen vom 1. Dezember 2001 über die Abtretung von Forderungen im internationalen Handel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVgIRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Einleitung

A. Einführung

Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist das Haager Übereinkommen vom 2. Juli 2019 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- oder Handelssachen (im Folgenden: „HAVÜ“).¹ Der Zweck des HAVÜ besteht in der Erleichterung der grenzüberschreitenden Anerkennung und Vollstreckung zivilrechtlicher Urteile² auf globaler Ebene.³ Im Grundsatz entfalten Urteile als staatliche Hoheitsakte nur dort Wirkungen, wo der erlassende Staat („Ursprungsstaat“, „Urteilsstaat“ oder „Erststaat“) Hoheitsgewalt ausübt, also innerhalb seiner Staatsgrenzen.⁴ Ob und unter welchen Bedingungen ein Urteil in anderen Staaten Wirkungen entfaltet, richtet sich nach der jeweiligen Rechtsordnung.⁵ Eine völkerrechtliche Pflicht zur Anerkennung oder Vollstreckung fremder Urteile besteht (in Abwesenheit eines völkerrechtlichen Vertrages) grundsätzlich nicht.⁶ Vor diesem Hintergrund ist

¹ Convention of 2 July 2019 on the Recognition and Enforcement of Foreign Judgments in Civil or Commercial Matters (übliche Kurzbezeichnungen: „HCCH Judgments Convention“ oder „Hague Judgments Convention“), abrufbar in englischer und französischer Sprache unter www.hcch.net/en/instruments/conventions/full-text/?cid=137; in englischer Sprachfassung abgedruckt in Neth. Int'l L. Rev. 2020, 169–181.

² Der Begriff der Entscheidung oder Gerichtsentscheidung und der Begriff des Urteils werden in dieser Arbeit synonym verwendet. Mit „Urteil“ sind also nicht nur solche gerichtlichen Entscheidungen gemeint, die formal als Urteil bezeichnet werden. Zum Begriff der Entscheidung im Rahmen des HAVÜ siehe Kapitel 4 B. (S. 137).

³ Siehe Abs. 3 der Präambel des HAVÜ; vgl. auch *Garcimartín/Saumier*, Explanatory Report, Rn. 14, 21.

⁴ *Gerasimchuk*, Urteilsanerkennung, S. 45, 51; *Junker*, IZPR, § 27 Rn. 1; *Laugwitz*, Anerkennung, S. 1; *Linke/Hau*, IZVR, Rn. 12.1; *Martiny*, in: Hdb. IZVR III/1, Rn. 152; *Michaels*, in: Wolfrum, MPEPIL, Rn. 1; *Nagel/Gottwald*, IZPR, Rn. 12.119; *Schack*, IZVR, Rn. 923; *Schärfl*, Spiegelbildprinzip, S. 10; *Schönau*, Anerkennung, S. 46 f.; *Stojan*, Anerkennung, S. 11 f.

⁵ *Cuniberti*, Recueil des Cours, Bd. 394, S. 104; *Geimer*, Anerkennung, S. 1; *Gottwald*, in: MüKo-ZPO, § 328 Rn. 1; *Ho*, I.C.L.Q. 46 (1997) 443 (449); *Laugwitz*, Anerkennung, S. 1; *Martiny*, in: Hdb. IZVR III/1, Rn. 153; *Schärfl*, Spiegelbildprinzip, S. 11 f.; *Stojan*, Anerkennung, S. 11.

⁶ *Cuniberti*, Recueil des Cours, Bd. 394, S. 104; *Decker*, Anerkennung, S. 205; *Geimer*, Anerkennung, S. 10 f.; *Gerasimchuk*, Urteilsanerkennung, S. 46; *Gottwald*, in: MüKo-ZPO,

es nicht überraschend, dass in verschiedenen Rechtsordnungen unterschiedliche Regelungen zur Anerkennung oder Vollstreckung fremder Urteile gelten. In einigen Staaten werden fremde Urteile (in Abwesenheit einer völkervertraglichen Verpflichtung) generell nicht anerkannt⁷ oder einer Nachprüfung in der Sache (*révision au fond*) unterzogen.⁸ Die meisten Staaten erkennen unter bestimmten Voraussetzungen ausländische Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen an, wobei sich die Regelungen hinsichtlich des Verfahrens, der Anerkennungsvoraussetzungen und -hindernisse unterscheiden. Eine nicht unerhebliche Zahl von Staaten, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, folgt dabei dem sogenannten Gegenseitigkeitsprinzip, das in unterschiedlichen Formen und Ausprägungen existiert.⁹ In diesen Staaten werden ausländische Urteile grundsätzlich nur anerkannt, wenn umgekehrt auch der andere Staat eigene Urteile anerkennt oder anerkennen würde.

Für die Parteien kann eine restriktive Anerkennungspraxis bedeuten, dass sie den Rechtsstreit im Zweitstaat erneut führen müssten, obwohl es an dem erststaatlichen Gerichtsverfahren und dem Urteil nichts auszusetzen gibt. Die Durchführung eines erneuten Verfahrens birgt die Gefahr einander widersprechender Entscheidungen, ist ineffizient und wird den legitimen Parteiinteressen regelmäßig nicht gerecht.¹⁰ Nicht selten verhindert die Nichtanerkennung aus-

§ 328 Rn. 1; *Ho*, I.C.L.Q. 46 (1997) 443 (449); *Laugwitz*, Anerkennung, S. 1 f.; *Maier*, Alb. L. Rev. 61 (1998), 1207 (1223); *Martiny*, in: Hdb. IZVR III/1, Rn. 156; *Michaels*, in: Wolftrum, MPEPIL, Rn. 11; *Nagel/Gottwald*, IZPR, Rn. 12.119 und Rn. 16.2; *Roth*, in: Stein/Jonas, § 328 Rn. 1; *Schack*, IZVR, Rn. 923; *Schönau*, Anerkennung, S. 46 f. Die Streitfrage, ob vor dem Hintergrund menschenrechtlicher Vorgaben eine Ausnahme für Statusentscheidungen zu machen ist (so *Geimer*, IZPR, Rn. 2757; a.A. *Roth*, in: Stein/Jonas, § 328 Rn. 1), bedarf hier keiner Klärung, da Statusentscheidungen nicht in den Anwendungsbereich des HAVÜ fallen, vgl. Art. 2 Abs. 1 lit. a HAVÜ.

⁷ Dies gilt beispielsweise (teilweise mit Einschränkungen) für Liechtenstein (*Mankowski*, IPRax 2015, 410 (410 f.)), Schweden, Norwegen, Finnland (*Schack*, IZVR, Rn. 1063; *Elbalti*, JPIL 2017, 184 (196, 210 ff.)); *Wilderspin/Vysoka*, NIPR 2020, 34 (41)), Thailand, Indonesien (*Chong*, JPIL 2020, 31 (38–40); *Cuniberti*, Recueil des Cours, Bd. 394, S. 175 f.; *Kusumadara*, in: Reyes, Recognition and Enforcement, S. 243 (251); *Nagel/Gottwald*, IZPR, Rn. 16.127) und Russland (*Elbalti*, JPIL 2017, 184 (197–199)). Für weitere Beispiele vgl. Jones Day, Comparative Study of Jurisdictional Gaps and Their Effect on the Judgments Project, S. 2.

⁸ So z.B. auf den Philippinen (*Jo/Cruz*, in: Reyes, Recognition and Enforcement, S. 223 (233 ff.)); *Elbalti*, JPIL 2017, 184 (209); *Nagel/Gottwald*, IZPR, Rn. 16.129).

⁹ Vgl. *Elbalti*, JapYbPIL 16 (2014), 264 (271 f.); *Cuniberti*, Recueil des Cours, Bd. 394, S. 202 ff.; *Schack*, IZVR, Rn. 1064. Siehe für Beispiele und Nachweise Kapitel 3 A. (S. 87).

¹⁰ Vgl. *Ho*, I.C.L.Q. 46 (1997) 443 (460); *Juenger*, Amer. J. Comp. L. 36-1 (1988), 1 (4); *Schack*, IZVR, Rn. 935 ff.; zur Kritik am Gegenseitigkeitserfordernis vgl. z.B. *Basedow*, FS Coester-Waltjen, S. 335 (346 f.); *Chong*, JPIL 2020, 31 (55 f.); *Decker*, Anerkennung, S. 284.; *Gerasimchuk*, Urteilsanerkennung, S. 137–139; *Gottwald*, ZZP 103 (1990), 257 (279–282); *Juenger*, Amer. J. Comp. L. 36-1 (1988), 1 (32 f.); *Laugwitz*, Anerkennung,

ländischer Urteile insgesamt die Durchsetzung der dahinterstehenden zivilrechtlichen Ansprüche. Sofern im Ursprungsstaat kein Vermögen des Schuldners (mehr) vorhanden ist und das Urteil dort, wo Vollstreckungsmasse verfügbar ist, nicht anerkannt wird, geht der Gläubiger leer aus. Ob er ein erneutes Erkenntnisverfahren einleiten kann und will, ist oftmals fraglich.

Das erklärte Ziel des HAVÜ besteht darin, das Niveau der gegenseitigen grenzüberschreitenden Anerkennung zu heben und so die effektive Durchsetzung von Ansprüchen zu fördern.¹¹ Unternehmen, Verbrauchern, Arbeitnehmern und anderen Parteien soll geholfen werden, ihre zivilrechtlichen Ansprüche auch grenzüberschreitend durchzusetzen. Dazu stellt das HAVÜ die Regel auf, dass eine vertragsstaatliche Entscheidung unter näher definierten Voraussetzungen in einem anderen Vertragsstaat („ersuchter Staat“, „Zweitstaat“, „Anerkennungsstaat“ oder „Vollstreckungsstaat“) anerkannt und vollstreckt wird.¹² Die einheitlichen Regelungen sollen für größere Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit bei der Urteilsanerkennung sorgen und so auch den internationalen Handel sowie Investitionen und grenzüberschreitende Mobilität begünstigen.¹³ Die Anerkennung fremder Entscheidungen fördert den internationalen Entscheidungseinklang, da sich die Gefahr widersprechender Entscheidungen und hinkender Rechtsverhältnisse im Fall der Anerkennung nicht realisiert.¹⁴ Andererseits kann es im Einzelfall auch gute Gründe dafür geben, fremden Urteilen die Anerkennung zu versagen, z.B. wenn das ursprungsstaatliche Verfahren rechtsstaatlichen Mindestanforderungen nicht gerecht geworden ist.¹⁵ Die Anerkennungsvoraussetzungen und Versagungsgründe des HAVÜ berücksichtigen entsprechende Bedenken und sehen verschiedene Sicherungsmechanismen zur Abwehr „inakzeptabler“ Entscheidungen vor.

Das praktische Bedürfnis für international vereinheitlichte Regelungen zur Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- oder Handelssachen ist vor dem Hintergrund der fortschreitenden Globalisierung

S. 290–293; *Martiny*, in: Hdb. IZVR III/1, Rn. 1294 ff.; *von Mehren*, *Recueil des Cours*, Bd. 167, S. 49 f.; *Nagel/Gottwald*, IZPR, Rn. 12.207; *Schack*, IZVR, Rn. 1026–1028; *Thole*, in: *Hess*, *Anerkennung im IZPR*, S. 25 (50 f.).

¹¹ Siehe Abs. 2 und 3 der Präambel des HAVÜ; vgl. auch: *Garcimartín/Saumier*, *Explanatory Report*, Rn. 14.; *Goddard*, *Duke J. Comp. & Int'l L.* 29 (2019), 473 (476); siehe auch: Europäische Kommission, *Inception impact assessment*, unter C.

¹² Art. 4 Abs. 1 S. 1 HAVÜ.

¹³ Siehe Abs. 2 und 4 der Präambel des HAVÜ; vgl. auch: *Garcimartín/Saumier*, *Explanatory Report*, Rn. 12, 17; aus Perspektive der Europäischen Union: Europäische Kommission, *Inception impact assessment*, unter B und C.

¹⁴ *Geimer*, *Anerkennung*, S. 2 f.; *Gerasimchuk*, *Urteilsanerkennung*, S. 50 f.; *Linke/Hau*, IZVR, Rn. 12.5; *Martiny*, in: Hdb. IZVR III/1, Rn. 104; *Stojan*, *Anerkennung*, S. 13 f.

¹⁵ Vgl. *Geimer*, *Anerkennung*, S. 3; *Juenger*, *Amer. J. Comp. L.* 36-1 (1988), 1 (11 f.); *Martiny*, in: Hdb. IZVR III/1, Rn. 86; *Michaels*, in: *Wolfrum*, *MPEPIL*, Rn. 1.

und Digitalisierung immens.¹⁶ Unternehmen und Privatpersonen agieren zunehmend grenzüberschreitend, ob im internationalen Handelsverkehr, beim Sommerurlaub oder der Bestellung von Waren und Dienstleistungen über das Internet.¹⁷ Wenn Personen und Vermögen ohne größere Schwierigkeiten Landesgrenzen überschreiten, die Wirkung zivilrechtlicher Urteile aber an der Grenze Halt macht, bietet dies Anreize, das Vermögen dorthin zu transferieren, wo eine Vollstreckung des Urteils ausscheidet. Ein Titelschuldner, der sich der Haftung entziehen will, hat dann leichtes Spiel. Auch aus anderen Gründen, die vielfältiger Natur sein können, kann eine grenzüberschreitende Anerkennung oder Vollstreckung erforderlich werden (z.B., weil ein Kläger sein Glück nach verlorenem Prozess in einem anderen Staat erneut versuchen will).

Während das New Yorker UN-Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (UNÜ)¹⁸ nahezu weltweite Geltung beanspruchen kann,¹⁹ fehlt es für die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- oder Handelssachen bislang an (erfolgreichen) Übereinkommen auf globaler Ebene.²⁰ Das Haager Vollstreckungsübereinkommen von 1971 (HVÜ)²¹ ist nie operativ geworden und daher ohne praktische Relevanz geblieben.²² Andere Übereinkommen sind sachlich und/oder persönlich stärker beschränkt und erfassen nur einen kleinen Teilbereich zivilrechtlicher Entscheidungen.²³ Daneben existieren zahlreiche bilaterale Abkommen und regionale Übereinkommen und Instrumente. So zirkulieren innerhalb der Europäischen Union gerichtliche Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen nach den Regelungen der Brüssel Ia-Verordnung.²⁴ Im

¹⁶ *Garcimartín/Saumier*, Explanatory Report, Rn. 19; *Bläsi*, HGÜ, S. 1; *Rühl*, IPRax 2005, 410 (410).

¹⁷ Vgl. *Jueptner*, JPIL 2020, 247 (247); *Goddard*, Duke J. Comp. & Int'l L. 29 (2019), 473 (478).

¹⁸ Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10. Juni 1958 (BGBl. 1961 II S. 123).

¹⁹ Das UNÜ hat aktuell 168 Vertragsstaaten, vgl. <https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=IND&mtdsg_no=XXII-1&chapter=22&clang=_en> (Stand: 25.4.2021); allgemein zum Erfolg des UNÜ: *Born*, International Commercial Arbitration I, S. 103 f.

²⁰ Vgl. *Symeonides*, Cross-Border Infringement of Personality Rights, S. 130; *Laugwitz*, Anerkennung, S. 24 f.; *Zhao*, SRIEL 2020, 345 (346); so auch: Europäische Kommission, Inception impact assessment, unter A.

²¹ Convention of 1 February 1971 on the Recognition and Enforcement of Foreign Judgments in Civil and Commercial Matters, abrufbar unter: <www.hcch.net/en/instruments/conventions/full-text/?cid=78>.

²² Siehe Kapitel I B. (S. 15).

²³ So z.B. die CMR für Beförderungsverträge im internationalen Straßengüterverkehr oder das HGÜ für ausschließliche Gerichtsstandsvereinbarungen im B2B-Verkehr. Siehe zu letzterem Kapitel I F. (S. 30).

²⁴ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung

Verhältnis zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, der Schweiz, Norwegen und Island gilt das Lugano-Übereinkommen von 2007 (LugÜ 2007²⁵). Auch in anderen Teilen der Welt gibt es regionale Übereinkommen über die grenzüberschreitende Urteilsanerkennung (z.B. innerhalb der Organisation Amerikanischer Staaten²⁶ und der Arabischen Liga²⁷).

Das HAVÜ soll über die vielen bilateralen und regionalen Lösungen hinaus einen (möglichst) weltweiten Mindeststandard der gegenseitigen Urteilsanerkennung schaffen, und zwar ohne die Anwendbarkeit der bereits geltenden Übereinkommen und Instrumente in Frage zu stellen.²⁸ Das HAVÜ wurde im Rahmen der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht (im Folgenden: Haager Konferenz) ausgehandelt und stellt das Ergebnis des sogenannten *Judgments Project* dar. Das HAVÜ wurde am 2. Juli 2019 verabschiedet, ist aber bislang nicht in Kraft getreten. Allerdings laufen in verschiedenen Staaten Vorbereitungen, das Übereinkommen in Kraft zu setzen. Uruguay, die Ukraine und Israel haben das HAVÜ bereits unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert.²⁹ Die Europäische Union, der insoweit die ausschließliche Außenkompetenz zusteht,³⁰ bereitet eine Annahme des HAVÜ vor.³¹ Dabei könnte das HAVÜ auch eine Möglichkeit darstellen, die gegenseitige Urteilsanerkennung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und dem Vereinigten Königreich in Folge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (Brexit) neu zu ordnen.³²

von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Neufassung) (ABl. 2012 L 351/1), zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndVO (EU) 2015/281 vom 26.11.2014 (ABl. 2015 L 54/1).

²⁵ Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 30. Oktober 2007 (ABl. 2009 L 147/5), zuletzt geändert durch ÄndÜbk. vom 3.3.2017 (ABl. 2017 L 57/63).

²⁶ Vgl. *Samtleben*, *RabelsZ* 56 (1992), 1 (18 ff.).

²⁷ Vgl. *Bälz*, *RIW* 2012, 354 (356); *El Chazli*, *YbPIL* 15 (2013/14), 387 (394 ff.).

²⁸ Siehe Kapitel 3 D. (S. 99) und Kapitel 4 F.II. (S. 176).

²⁹ Siehe <www.hcch.net/de/instruments/conventions/status-table/?cid=137> (Stand: 25.4.2021).

³⁰ Siehe Kapitel 4 G.III.1. (S. 179).

³¹ Siehe <<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12166-Accession-to-the-Judgments-Convention>>.

³² Vgl. *Bonze/Lein/Migliorini*, *Judicial Cooperation after Brexit*, Rn. 55; *Dickinson*, *ZEuP* 2017, 539 (561 f.); *Hess*, *IPRax* 2016, 409 (415 f.); *van Loon*, *Rev. crit. DIP* 2019/2, 353; *Rühl*, *NJW* 2020, 443 (447); *Ungerer*, in: *Kramme/Baldus/Schmidt-Kessel*, *Brexit*, S. 605 (627); *Wagner*, *IPRax* 2021, 2 (15).

B. Gang der Darstellung

Diese Arbeit untersucht systematisch die Voraussetzungen, unter denen das HAVÜ künftige Vertragsstaaten zur Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen verpflichtet. Im Zentrum der Untersuchung stehen der Anwendungsbereich des Übereinkommens, die positiven Voraussetzungen der Anerkennung und Vollstreckung und die Versagungsgründe. Aufgrund des engen Zusammenhangs des HAVÜ mit dem Haager Gerichtsstandsübereinkommen vom 30. Juni 2005 (HGÜ)³³ werden etwaige Unterschiede zwischen den beiden Übereinkommen an den jeweiligen Stellen herausgearbeitet und eingeordnet.

Kapitel 1 gibt zunächst einen historischen Kurzüberblick, der eine Einordnung des HAVÜ in die bisherigen Entwicklungen ermöglichen soll. Im Rahmen von Kapitel 2 wird untersucht, nach welchen Regeln sich die Auslegung des HAVÜ richtet. Es folgt eine Darstellung der anwendbaren Auslegungsmethoden und eine Erörterung ihrer Relevanz für die Auslegung des HAVÜ. Dabei stehen insbesondere die Bedeutung des *Explanatory Reports* für die Auslegung des HAVÜ sowie das Verhältnis zum HGÜ im Vordergrund. Kapitel 3 stellt einige der besonders prägenden Eigenschaften des HAVÜ vor, die für das Verständnis des Übereinkommens und der anschließenden Untersuchungen von zentraler Bedeutung sind. In den vier folgenden Kapiteln werden der Anwendungsbereich des HAVÜ (Kapitel 4), die Voraussetzungen der Anerkennung und Vollstreckung (Kapitel 5), die Versagungsgründe (Kapitel 6) sowie der Begriff der Anerkennung (Kapitel 7) näher untersucht. Im Rahmen seiner Vorschriften verweist das HAVÜ verschiedentlich auf nationales Recht. Kapitel 8 wagt eine Systematisierung dieser Verweise und Bezugnahmen und arbeitet die dahinterstehenden Erwägungen heraus. Im abschließenden Kapitel 9 wird das HAVÜ rechtsvergleichend aus der Perspektive des deutschen und des englischen Rechts untersucht. Dabei liegt der Fokus auf dem autonomen Recht Deutschlands und Englands unter Ausschluss europäischer und völkervertraglicher Regelungen. Welche Bedeutung das HAVÜ für eine Rechtsordnung hätte, hängt insbesondere davon ab, ob und unter welchen Voraussetzungen dort bisher eine Anerkennung oder Vollstreckung möglich ist.³⁴ Die rechtsvergleichende Perspektive erlaubt daher eine erste Einordnung des HAVÜ aus Sicht der beiden Rechtsordnungen.

Hingegen dient die Brüssel Ia-VO im Rahmen dieser Arbeit nicht generell als Vergleichsgegenstand. Aufgrund des zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union geltenden Grundsatzes des gegenseitigen Vertrauens,³⁵

³³ Haager Übereinkommen vom 30. Juni 2005 über Gerichtsstandsvereinbarungen (ABl. 2009 L 133/3).

³⁴ Vgl. *Wilderspin/Vysoka*, NIPR 2020, 34 (41).

³⁵ Vgl. Erwägungsgrund 26 der Brüssel Ia-VO.

würde ein Vergleich mit einem (potenziell) globalen Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen in vielerlei Hinsicht hinken. Das gegenseitige Vertrauen rechtfertigt einen Modus der automatischen Anerkennung und Vollstreckung mit sehr eingeschränkten Kontrollmöglichkeiten im ersuchten Staat.³⁶ Ein vergleichbares Vertrauen in die Zivilrechtspflege und das Justizsystem anderer Staaten besteht auf globaler Ebene nicht.³⁷ Nichtsdestotrotz hat die Brüssel Ia-VO im Entstehungsprozess des HAVÜ in mancher Hinsicht als Vorbild oder Inspiration gedient.³⁸ Vor diesem Hintergrund wird auf die Brüssel Ia-VO im Rahmen dieser Arbeit Bezug genommen, wo dies zum Verständnis des HAVÜ notwendig oder hilfreich ist. Ebenso werden andere nationale und internationale Rechtsquellen, wie insbesondere andere Übereinkommen der Haager Konferenz, europäische Verordnungen oder das UNÜ nur an geeigneter Stelle in den Blick genommen, aber nicht systematisch dem vorliegenden Übereinkommen gegenübergestellt.

Wie viele nationale Rechtsordnungen und andere Übereinkommen differenziert das HAVÜ zwischen dem Begriff der Anerkennung (*recognition* bzw. *reconnaissance*) einerseits und dem Begriff der Vollstreckung (*enforcement* bzw. *exécution*) andererseits.³⁹ Die Voraussetzungen sind jedoch weitgehend identisch, so dass aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Rahmen dieser Arbeit nicht stets beide Varianten genannt werden. Soweit es auf die Differenzierung zwischen den beiden Konzepten ankommt, wird explizit darauf hingewiesen. Das HAVÜ regelt im Grundsatz nur das „Ob“ und nicht das „Wie“ der Anerkennung und Vollstreckung. Insbesondere unterfällt das Verfahren der Zwangsvollstreckung nicht dem HAVÜ, sondern richtet sich nach nationalem Recht. Soweit im Rahmen dieser Arbeit von „Vollstreckung“ gesprochen wird, geht es daher nur um die grundsätzliche Vollstreckbarkeit der Entscheidung, die im ersuchten Staat regelmäßig noch durch eine Vollstreckbarerklärung oder Registrierung verliehen werden muss.⁴⁰

³⁶ Vgl. Art. 36, 39, 45 und 52 Brüssel Ia-VO.

³⁷ Vgl. z.B. *Borrás*, in: Pocar/Honorati, The Hague Preliminary Draft Convention, S. 41 (49 f.); *Weller*, FS Kronke, S. 621 (621 f.).

³⁸ Siehe Kapitel 2 B.II.3.d) (S. 73). Auch die Bezugnahmen des Explanatory Reports auf Vorschriften der Brüssel Ia-VO und die Rechtsprechung des EuGH deuten auf einen gewissen Einfluss europäischen Rechts für die Entstehung des HAVÜ hin, vgl. z.B. *Garcimartín/Saumier*, Explanatory Report, Rn. 58 Fn. 62, Rn. 193 Fn. 139, Rn. 271 Fn. 197, Rn. 296 Fn. 214; vgl. auch *Jovanovic*, YbPIL 21 (2019/20), 309 (330); *Spitz*, YbPIL 21 (2019/20), 333 (343).

³⁹ Vgl. *Garcimartín/Saumier*, Explanatory Report, Rn. 113–117.

⁴⁰ Siehe Kapitel 4 G.III.1. (S. 179).

C. Umgang mit Sprachfassungen und fremdsprachiger Terminologie

Das HAVÜ liegt (bisher) nicht in deutscher Übersetzung vor. Authentisch und somit für die Auslegung maßgeblich sind allein die englische und französische Fassung des Übereinkommens.⁴¹ Auch die Materialien aus dem Entstehungsprozess des Übereinkommens liegen lediglich in englischer und französischer Sprachfassung vor. Im Rahmen dieser Arbeit werden vielfach die jeweiligen Formulierungen, Begrifflichkeiten und Inhalte in deutscher Sprache wiedergegeben. Als Orientierungshilfe wurde dazu auf die zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz im Jahr 2006 abgestimmte Übersetzung des HGÜ⁴² sowie des *Explanatory Reports* zum HGÜ⁴³ zurückgegriffen. Auch die deutschen Übersetzungen anderer Haager Übereinkommen konnten teilweise Hilfestellungen bieten. Soweit das HAVÜ Regelungen enthält, die sich in gleicher oder ähnlicher Form in europäischen Verordnungen wiederfinden, diente auch die deutsche Sprachfassung⁴⁴ des jeweiligen europäischen Rechtsakts als Ausgangspunkt für die Suche nach einer geeigneten Übersetzung oder Erläuterung. Wo es für die Auslegung von besonderer Bedeutung ist, werden im Rahmen dieser Arbeit die jeweiligen Begriffe oder Formulierungen zusätzlich in der englischen und/oder französischen Originalfassung wiedergegeben.

D. Das HAVÜ im Überblick

Das HAVÜ besteht aus einer Präambel sowie 32 Artikeln, die in die vier folgenden Kapitel untergliedert sind:

- Kapitel I – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen (Art. 1–3 HAVÜ)
- Kapitel II – Anerkennung und Vollstreckung (Art. 4–15 HAVÜ)
- Kapitel III – Allgemeine Vorschriften (Art. 16–23 HAVÜ)
- Kapitel IV – Schlussbestimmungen (Art. 24–32 HAVÜ)

Das Übereinkommen schließt mit der üblichen Schlussformel (*in cuius rei testimonium*-Klausel). Daneben steht ein Musterformblatt (*Recommended*

⁴¹ Siehe Kapitel 2 B.I. (S. 53).

⁴² Die Übersetzung ist abrufbar unter <www.hcch.net/de/instruments/conventions/fulltext/?cid=98>.

⁴³ Die Übersetzung ist abrufbar unter <<https://assets.hcch.net/upload/exp137d.pdf>>.

⁴⁴ Für europäische Rechtsakte sind alle Amtssprachen der Europäischen Union verbindlich, vgl. Art. 1 Verordnung Nr. 1 des Rates vom 15. April 1958 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. 1958 17/385), zuletzt geändert durch VO (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13.5.2013 (ABl. 2013 L 158/1, 71).

Form)⁴⁵ zur Verfügung (vgl. Art. 12 Abs. 3 HAVÜ), das vom Ursprungsgericht ausgefüllt werden kann und zur Erleichterung der Anerkennung und Vollstreckung im ersuchten Staat dienen soll.⁴⁶ Das Formblatt ist jedoch nicht Bestandteil des Übereinkommens und seine Verwendung ist nicht obligatorisch.⁴⁷

Das Übereinkommen gilt, von einer Reihe von Ausnahmen abgesehen, für Zivil- oder Handelssachen (Art. 1 Abs. 1 HAVÜ).⁴⁸ Es regelt die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen (Art. 3 Abs. 1 lit. b HAVÜ) und die Vollstreckung gerichtlicher Vergleiche (Art. 11 HAVÜ) zwischen Vertragsstaaten.⁴⁹ Das HAVÜ beschränkt sich im Grundsatz darauf, einen Mindeststandard für die Anerkennung und Vollstreckung festzulegen. Dazu definiert es die Voraussetzungen, unter denen Vertragsstaaten verpflichtet sind, die Urteile anderer Vertragsstaaten anzuerkennen und zu vollstrecken. Besteht keine Verpflichtung zur Anerkennung oder Vollstreckung unter dem HAVÜ, kann die Entscheidung gleichwohl nach nationalem Recht oder anderen Instrumenten anerkannt werden (Art. 15, 23 HAVÜ).⁵⁰ Lediglich Art. 6 HAVÜ bildet eine Ausnahme von diesem Grundsatz und verbietet die Anerkennung oder Vollstreckung von Urteilen über dingliche Rechte an unbeweglichen Sachen aus anderen Staaten als demjenigen, in dem die unbewegliche Sache belegen ist. Auch eine Anerkennung nach nationalem Recht und nach anderen Übereinkommen wird dadurch weitgehend ausgeschlossen.⁵¹

Die Grundregel des Übereinkommens lautet, dass eine vertragsstaatliche Entscheidung, die in den Anwendungsbereich des Übereinkommens fällt, dann in allen anderen Vertragsstaaten anerkannt und vollstreckt werden muss, wenn ein indirekter Zuständigkeitsgrund nach Art. 5 oder 6 HAVÜ gegeben ist (Art. 4 Abs. 1 HAVÜ).⁵² Ein solcher liegt beispielsweise vor, wenn die Person, gegen die vollstreckt werden soll, im Ursprungsstaat ihren gewöhnlichen Auf-

⁴⁵ Abrufbar unter: <www.hcch.net/en/instruments/conventions/publications1/?dtid=65&cid=137>.

⁴⁶ Im Rahmen der 22. Haager Konferenz fehlte die Zeit, das Formblatt zu finalisieren. Stattdessen wurde das Ständige Büro beauftragt, den entsprechenden Entwurf zu überarbeiten, um das Formblatt dem Rat der Haager Konferenz zur Bestätigung vorzulegen, vgl. Final Act – Twenty-Second Session, B. 1 (abrufbar unter: <www.hcch.net/en/publications-and-studies/details4/?pid=6642&dtid=61>). Auf seiner Sitzung vom 3.–6. März 2020 hat der Rat der Haager Konferenz das Musterformblatt angenommen, vgl. Ständiges Büro der Haager Konferenz, Conclusions and Decisions adopted by the Council (3–6 March 2020) Rn. 37.

⁴⁷ *Garcimartín/Saumier*, Explanatory Report, Rn. 304.

⁴⁸ Siehe zum Anwendungsbereich Kapitel 4 (S. 118).

⁴⁹ Vgl. zum Begriff des Vertragsstaats Art. 2 Abs. 1 lit. f WVK.

⁵⁰ Siehe Kapitel 3 D. (S. 99).

⁵¹ Siehe Kapitel 4 F.II. (S. 176) und Kapitel 5 B.VII.3. (S. 252).

⁵² Siehe zu den positiven Voraussetzungen der Anerkennung oder Vollstreckung Kapitel 5 (S. 195).

enthalt hatte (Art. 5 Abs. 1 lit. a HAVÜ) oder wenn bei deliktischen Ansprüchen wegen der Verletzung von Leben, Körper oder Eigentum der Handlungsort im Ursprungsstaat lag (Art. 5 Abs. 1 lit. j HAVÜ).

Liegt ein indirekter Zuständigkeitsgrund nach Art. 5 oder 6 HAVÜ vor, darf die Anerkennung und Vollstreckung nur aufgrund der im Übereinkommen festgelegten Gründe versagt werden (Art. 4 Abs. 1 S. 2 HAVÜ).⁵³ Die zentrale Vorschrift für die Versagungsgründe findet sich in Art. 7 HAVÜ. Neben dem *ordre public*-Vorbehalt (Abs. 1 lit. c) kommen Versagungsgründe etwa aufgrund unzureichender Bekanntgabe des verfahrenseinleitenden Schriftstücks (Abs. 1 lit. a), Betruges (Abs. 1 lit. b), entgegenstehenden Entscheidungen (Abs. 1 lit. e, f) oder einer Anhängigkeit des Rechtsstreits im ersuchten Staat (Abs. 2) in Betracht.

Eine Überprüfung der Entscheidung in der Sache (*révision au fond*) ist ausgeschlossen (Art. 4 Abs. 2 S. 1 HAVÜ). Die Anerkennung und Vollstreckung darf also nicht mit dem Argument verweigert werden, dass das Gericht den Fall falsch entschieden habe oder ein anderes Recht angewandt habe als jenes, das nach dem internationalen Privatrecht des ersuchten Staats auf den Rechtsstreit anwendbar gewesen wäre.⁵⁴

Die nähere Ausgestaltung des Anerkennungs-, Exequatur- und Vollstreckungsverfahrens überlässt das Übereinkommen dem nationalen Recht (Art. 13 Abs. 1 S. 1 HAVÜ). Das Inkrafttreten des HAVÜ setzt voraus, dass sich zwei Staaten bzw. Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration an das HAVÜ durch Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Beitritt binden (Art. 28 Abs. 1 HAVÜ). In zeitlicher Hinsicht findet das Übereinkommen auf Entscheidungen Anwendung, sofern das Übereinkommen im Zeitpunkt der Einleitung des Ursprungsverfahrens im Verhältnis zwischen Ursprungsstaat und ersuchtem Staat wirksam war (Art. 16, 29 HAVÜ). Im Falle einer Ratifizierung des HAVÜ durch die Europäische Union bleibt es für die Urteilsanerkennung im Verhältnis der EU-Mitgliedsstaaten untereinander bei der Geltung der Brüssel Ia-VO (vgl. Art. 23 Abs. 4 HAVÜ).

⁵³ Siehe Kapitel 6 (S. 268).

⁵⁴ Dazu näher Kapitel 6 E. (S. 319).

Sachverzeichnis

- actor sequitur forum rei* 206 ff.
Anerkennung
– Begriff 325 ff.
– Deutschland 349 ff.
– England 349 ff.
– Verfahren 179 ff.
– Versagung 268 ff.
– Voraussetzungen 195 ff.
Anerkennungszuständigkeit *siehe* indirekte Zuständigkeit
anti-suit injunction 150 ff.
Anwendungsbereich (des HAVÜ) 118 ff.
– gegenständlicher 137 ff.
– persönlicher 167 ff.
– sachlicher 121 ff.
– territorialer 161 ff.
– Verhältnis zu anderen Instrumenten 173 ff.
– Verhältnis zum nationalen Recht 178 ff.
– zeitlicher 171 ff.
Apostille 181
Arbeitnehmer 55, 167, 243 ff.
Auslegung 41 ff.
– autonome 84 ff.
– ergänzende Auslegungsmittel 64 ff., 76 ff.
– *Explanatory Report* 56 ff.
– HGÜ 69 ff.
– Interpretationsklausel 50 f., 58, 80, 85 f.
– konventionsübergreifende 67 ff.
– Rechtsvergleichung 78 ff.
– souveränitätsfreundliche 83 f.
– systematischer Zusammenhang 54 ff.
– Versagungsgründe 274
– Völkerrecht 42 ff.
– Wortlaut 53 ff.
– Ziel und Zweck 75 f.
außervertragliche Schuldverhältnisse 96, 232 ff., 245 f., 364, 375
Belegenheitsort 114 f., 164 f., 230 f., 237, 238 ff., 250 ff., 303, 304 f., 309, 365, 367
Beschleunigungsgrundsatz 182 f.
Betrug 279 f., 379, 381 f.
Beweislast 170 f., 183 f., 198, 227, 343 f.
bilaterale Beziehungen 102 ff., 113 ff., 256 ff.
bilatéralisation 17 ff., 103 f.
Brexit 5, 31 f., 349
Brüssel Ia-VO 4, 6 f., 73, 140, 172, 178, 179, 238, 291 f., 328
cautio judicatum solvi 148 f., 181 f.
common courts 162 f., 295 f.
consent orders 157, 159, 356
convention double 22 f., 27, 322
convention mixte 21 ff.
convention simple 13 f., 22, 91 ff., 152 f., 323
Darlegungslast 170 f., 183 f., 198
Delikt *siehe* außervertragliche Schuldverhältnisse
Derogation 150 ff., 284 ff., 296 f.
Deutschland
– indirekte Zuständigkeit 357 ff.
– Urteilsbegriff 350
– Versagung 379 ff.
– Voraussetzungen der Anerkennung und Vollstreckung 349 ff.
dingliche Rechte 92, 114 f., 120, 164 f., 231, 238 f., 252 ff., 303, 304 ff., 342 f., 365, 367
Diplomatische Konferenz 35 ff.
Diskriminierungsverbot 148 f., 181 f.

- doctrine of obligation* 355
 Doppelexequatur 141
 Drittstaat 164 f., 178 f., 250 ff., 296 ff., 304 f.
- Einspruchslösung 105 f., 108 ff., 256 ff., 385 f.
- einstweilige Sicherungsmaßnahmen 149 f., 151 ff., 352
- EMRK 174 f., 379 f.
- England
- indirekte Zuständigkeit 367 ff.
 - Überblick 347 ff.
 - Urteilsbegriff 351 f.
 - Versagung 379 ff.
 - Voraussetzungen der Anerkennung und Vollstreckung 349 ff.
- Erfolgsort 96, 233 f., 364
- Erfüllungsort 225 ff., 339, 364 f., 375
- Erklärungsmechanismus 115 ff., 129 f., 143 f., 168 f., 315 f.
- erläuternder Bericht *siehe Explanatory Report*
- Ermessen 184, 198 f., 269 ff., 308
- Ermittlung ausländischen Rechts 343 f.
- EuGH 41, 163, 297
- EuGVVO *siehe* Brüssel Ia-VO
- Europäische Union 5, 39, 109, 163, 178, 180 f., 349
- Exequaturverfahren *siehe* Vollstreckbarerklärung
- Explanatory Note* 34
- Explanatory Report* 56 ff.
- favor recognitionis* *siehe* Günstigkeitsprinzip
- forum non conveniens* 25, 92, 95, 97, 186 ff., 202 f., 215 f., 316, 358, 367 f.
- fraud* *siehe* Betrug
- Gegenseitigkeit *siehe* Verbürgung der Gegenseitigkeit
- geistiges Eigentum 126 f., 305
- gerichtliche Vergleiche 154 ff., 199 f., 261 ff., 268, 290, 356 f.
- Gerichtsstandsvereinbarung 30 ff., 136 f., 154, 214 f., 220 ff., 246, 262 f., 284 ff., 296 f., 316, 338 f., 362 ff., 370 f.
- Gesamtverweisung 341 f.
- gewöhnlicher Aufenthalt 167, 206 ff., 243, 358 ff., 371 f.
- Gleichstellungstheorie 327 f., 330 f.
- Grundstücke *siehe* unbewegliche Sachen
- Günstigkeitsprinzip 99 ff., 179, 252
- Gutgläubensgrundsatz *siehe* Treu und Glauben
- Haager Gerichtsstandsübereinkommen *siehe* HGÜ
- Haager Konferenz 39
- Handlungsort 96, 233, 364, 375
- Hauptniederlassung
- juristischer Personen *siehe* Sitz
 - natürlicher Personen 210 f., 360 f.
- Hauptverwaltung *siehe* Sitz
- HGÜ 30 ff., 69 ff., 123 ff., 222 ff., 265, 268 f., 295 f., 297 f., 319 f.
- Immaterialgüterrecht *siehe* geistiges Eigentum
- Immobilien *siehe* unbewegliche Sachen
- Immunität 168, 180, 318
- indirekte Zuständigkeit 91 ff., 200 ff., 284 ff., 357 ff.
- Inlandsbeziehung 283
- Inlandssachverhalt 165 f., 203, 315 f.
- Insolvenzrecht 90, 125
- Internationalität 165 f.
- Interpretation *siehe* Auslegung
- Inzidentanerkennung 179, 355
- issue estoppel* 327, 329
- Judgments Project* 20 ff.
- Jurisdiction Project* 37 f., 97 f.
- jurisdictional gap* 93 ff.
- Kartellrecht 127 f., 232, 383
- Kernpunkttheorie 297
- Konnexitätsfordernis 218 f., 361 f., 368
- Konventionskonflikte 173 ff.
- Kostenentscheidungen 147 ff., 193, 217, 268
- Kumulationstheorie 329, 331
- Legalisation 181
- lis pendens* 25, 97, 290, 301 ff., 384 f.

- Mehrfachschadensersatz *siehe multiple damages*
Miete 230 f., 237, 247 f., 250 f., 289, 365
Mindeststandard *siehe* Günstigkeitsprinzip
multiple damages 310 ff., 380, 383
- Nachprüfung in der Sache *siehe révision au fond*
nationales Recht 178 ff., 332 ff.
Nationalität 19 f., 26, 167, 384 f.
natural justice 379 ff.
New York Convention *siehe* UNÜ
nicht einheitliche Rechtssysteme 109 f., 166 f.
Nicht-Geldleistungsurteile 142 ff., 354 ff., 378
nichtkompensatorischer Schadensersatz *siehe punitive damages*
Nichtvertragsstaat *siehe* Drittstaat
Niederlassung 207, 210 f., 212 f., 358 ff., 373 f.
- öffentliche Ordnung *siehe ordre public*
öffentliche Urkunden 160 f.
opt-in-Mechanismus *siehe* Zustimmungslösung
opt-out-Mechanismus *siehe* Einspruchslösung
Ordnungsgeldbeschluss *siehe penalty orders*
ordre public 55, 154, 202 f., 280 ff., 299, 318, 324, 337 f., 342, 350, 379, 381 ff., 385 ff.
- Parallelverfahren *siehe lis pendens*
penalty orders 144 ff.
perpetuatio fori 208, 361
Präklusion 213, 219, 270 f., 276, 284, 381 f.
presence 371 ff.
Prioritätsprinzip 178 f., 296 ff., 301 ff., 383 f.
Privatsphäre 124, 126, 385
Prorogation 220 ff., 362 f., 370
Prozessführungsverbot *siehe anti-suit injunction*
Prozesskostenhilfe 182
Prozesskostensicherheit 148 f., 181 f.
- Prozessurteil 140 f., 350 ff.
Prozessvergleich *siehe* gerichtliche Vergleiche
public policy *siehe ordre public*
punitive damages 122 f., 310 ff., 382 f.
- Rechtsfortbildung 82 f., 204 f.
Rechtskraft 157 ff., 197 ff., 292, 298 ff., 312 ff., 325 ff., 352 ff.
Rechtsmissbrauch 203 f., 308 f.
Rechtsnachfolge 260 f., 340
residence 208, 371 f.
révision au fond 2, 307, 319 ff., 379
Rügeerfordernis 273 ff.
rügelose Einlassung 215 ff., 246 f., 262 f., 288, 335, 362, 369 f.
- Schadensort 233
Schiedsgerichtsbarkeit 132 ff., 316 ff., 369
Schmerzensgeld 311
Seerecht 125
Singapur-Konvention 74, 156, 176
Sitz 207, 359 f., 373 f.
soft law 87 f.
Souveränität 49, 83 f., 273, 277 ff., 281 f.
Spiegelbildprinzip 94 f., 357 f., 367
Staatenimmunität *siehe* Immunität
Staatsangehörigkeit *siehe* Nationalität
Staatsunternehmen 168
state-owned enterprises 168
Strafschadensersatz *siehe punitive damages*
submission *siehe* Unterwerfung
- Teilbarkeit 131, 311 f.
travaux préparatoires 76 f.
treaty relationship mechanism 102 ff., 172 f., 256 ff., 385 ff.
treble damages *siehe multiple damages*
Treu und Glauben 87, 184 ff., 194, 272
trusts 235 ff., 284 ff., 366
- unbewegliche Sachen 92, 114 f., 120, 164 f., 230 f., 237 ff., 250 ff., 304 ff., 365, 367
unerlaubte Handlung *siehe* außervertragliche Schuldverhältnisse
Unterlassung 232 ff., 364, 375

- Unterlassungspflichten 229 f.
 Unterlassungsurteil 142 ff., 354 f.
 Unterwerfung 213 ff., 361 f., 368 ff.
 UNÜ 4, 30, 73 f., 271
 Unvereinbarkeit *siehe* Urteilskollision
 Urteilsbegriff
 – Deutschland 350 f.
 – England 351 f.
 – HAVÜ 137 ff.
 Urteilskollision 290 ff., 383 ff.
 Urteilsverjährung 185 f., 193
 USA 20 f., 27 f., 37, 79 f., 228 f., 282,
 347, 383

 Verbraucher 55, 167, 243 ff.
 Verbürgung der Gegenseitigkeit 2, 49,
 88 ff., 177, 376 ff., 387
 Verfahrenseinleitung 171 f., 208 f.,
 275 ff., 361, 366, 380 f.
 Verleumdung 124, 126, 385
 Vermischungsverbot 102, 331
 Vermögensbelegenheit 26, 96 f., 187 f.,
 201, 264, 360 f., 366, 384 f.
 Versagungsgründe 268 ff., 337 f., 379 ff.
 vertragliche Schuldverhältnisse 225 ff.,
 364 f., 375
 Verweisungen 332 ff.
 Veto-Lösung 106 f.
 Vollstreckbarerklärung
 – Deutschland 349 ff.
 – England 349 ff.
 – Verfahren 179 ff.
 – Versagung 268 ff.
 – Voraussetzungen 195 ff.

 Vollstreckbarkeit (im Ursprungsstaat)
 195 ff., 352 ff.
 Vollstreckung
 – Verfahren 180, 318
 – Vollstreckungsmaßnahme 145
von Mehren 21 ff.
 Vorfrage 130 f., 134 ff., 304 ff., 317 f.,
 328 f., 338

 Wettbewerbsrecht *siehe* Kartellrecht
 Widerklage 218 ff., 335, 361 f., 368, 371
 Wiener Vertragsrechtskonvention *siehe*
 WVK
 Wirkungserstreckung 328 ff., 333
 Wohnsitz 243, 359, 371
 WVK 43 ff., 87, 117, 176, 184 f., 254

 Zivil- oder Handelssachen 121 ff., 130 f.,
 138 f., 144 f., 305, 309, 318, 343,
 349 f.
 Zuständigkeit
 – ausschließliche 249 ff., 289, 365, 376
 – des ersuchten Staats für Anerkennung
 und Vollstreckung 186 ff.
 – exorbitante 19 f., 25 f., 94, 96 f.,
 302 f.
 – indirekte 91 ff., 200 ff., 284 ff.,
 357 ff.
 Zustellung 275 ff., 366, 380 f.
 Zustimmung 213 ff., 288, 361 ff., 368 ff.
 Zustimmungslösung 104 f.
 Zwangsgeldbeschluss *siehe penalty or-
 ders*
 Zwangsvollstreckung 145, 180, 318